



Sieger beim Deutschen
Lokaljournalistenpreis

2,00 EUR

Donnerstag, 17. März 2022

KUMMERLE & JAUCH IMMOBILIEN
07031-204260
Bauplatz zu verkaufen?
Wir machen das für Sie!

E 2967

Fitness + Kurse + Sauna bis Mai 2022!

NUR **1€** /Woche

30€ TANKGUTSCHEIN GESCHENKT für die ersten 30 Anmeldungen!

Beratungstermin vereinbaren:
07031 / 875 381

K22 Reha & Fitness

*bei Abschluss einer Mitgliedschaft, Kolumbusstr. 22 | Sindelfingen

„Deshalb ist die SZ/BZ heute unverzichtbar“

JÜRGEN HAAR
Chefredakteur

Hohe Inzidenzen bereiten Sorgen



Die Corona-Inzidenzen im Landkreis Böblingen steigen, die Lockerungen rücken näher. Probleme mit Mitarbeiter-Ausfällen gibt es auch in Kliniken (Bild: z) und Arztpraxen. **Seite 7**

Stadt will „Sifi rockt“ auf dem Marktplatz



Aktuell, wo vielfach Corona-Restriktionen fallen, werden in Sindelfingen viele Open-Air-Formate geplant. Die Stadt macht sich unter anderem für eine Rückkehr von „Sifi rockt“ (Bild: Archiv) auf den Marktplatz stark. **Seite 7**

Börse

DAX	Euro Stoxx 50	Euro
↑	↑	↑
14.440,74 Pkt.	3.908,43 Pkt.	1,1033 Dollar
+ 3,76 %	+ 4,16 %	+ 0,63 %

Wetter Seite 14



Service

Anschrift: Röhm Verlag & Medien GmbH
Böblinger Straße 76
71065 Sindelfingen

Telefon: 0 70 31 / 862 - 0
Redaktion: 0 70 31 / 862 - 210
Kleinanzeigen: 0 70 31 / 862 - 232
LeserService: 0 70 31 / 862 - 252
Internet: www.szbz.de



Nächster Akt im Drama Osttangente

Auf den Schildern an der Magstadter Südtangente ist die Zufahrt zum Gewerbegebiet Ost über die Osttangente bereits berücksichtigt. Ansonsten gibt es die Straße bisher nur auf dem Papier. Die Sondersitzung am Dienstag in der Magstadter Festhalle wurde gut 20 Minuten, nachdem sie hätte beginnen sollen, wegen möglicher Befangenheit dreier Gemeinderatsmitglieder abgesagt und auf Mai vertagt. Mehr dazu steht auf **Seite 8**.



Weg frei für Heizkostenzuschuss und höhere Pendlerpauschale

Die Bundesregierung beilt sich, Entlastungen bei den explodierenden Energiepreisen auf den Weg zu bringen. Doch schon jetzt ist der Ampel klar: Das reicht noch nicht aus. Der Landesfinanzminister warnt.

BERLIN/STUTTGART. Steuersenkungen für Fernpendler und Arbeitnehmer, Coronazuschuss für bedürftige Erwachsene und Sofortzuschlag für Kinder – damit will die Bundesregierung Verbraucher entlasten, die von drastisch gestiegenen Energiekosten gebeutelt sind. Zudem sollen Wohngeldempfänger sowie viele Studenten und Auszubildende im Sommer einen doppelt so hohen Zuschuss zu den Heizkosten bekommen wie bisher geplant.

Der Bauausschuss im Bundestag beschloss, den einmaligen Zuschuss wegen der hohen Energiekosten für Wohngeldempfänger auf 270 Euro und für Studenten auf 230 anzuheben.

Schon jetzt ist klar: Auch dabei soll es nicht bleiben. Denn seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine sind die Kosten noch einmal in die Höhe geschossen – am deutlichsten sieht man das an der Tankstelle, sei am 13. Januar entschieden worden, seit dem 15. Februar sei sie im Ministerium. Finanzminister Christian Lindner (FDP) warb für einen direkten Zuschuss auf der Tankquittung, die Grünen für ein Energiegeld. Die

„Der Staat wird bei Weitem nicht jede Preissteigerung kompensieren können. Der Krieg wird uns Wohlstand kosten, so schmerzhaft es ist. Dieser Realität müssen wir uns stellen.“

Danyal Bayaz, Landesfinanzminister



Foto: Finanzministerium Baden-Württemberg

Bundesregierung brachte derweil den ersten regulären Haushalt der Ampelregierung aus SPD, Grünen und FDP auf den Weg. Wie viele neue Schulden in diesem Jahr wirklich aufgenommen werden müssen, bleibt aber erst einmal offen: Lindner will abwarten, wie sich der Krieg in der Ukraine hierzulande weiter auswirkt.

Landesfinanzminister Danyal Bayaz (Grüne) warnte vor überhöhten Erwartungen an Bund und Länder. „Der Staat wird bei Weitem nicht jede Preissteigerung kompensieren können“, schrieb er auf Twitter. „Der Krieg wird uns Wohlstand kosten, so schmerzhaft es ist. Dieser Realität müssen wir uns stellen.“ Steuergeld müsse verantwortungsvoll dort eingesetzt werden, wo es dringend gebraucht werde. Landesverkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) sprach sich für ein Mobilitätsgeld von 50 Euro pro Empfänger und Jahr für armutsgefährdete Haushalte aus.

Trotz abnehmender Rohölpreise sinken die Kosten für Benzin und Diesel bislang kaum. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) bat deshalb das Bundeskartellamt um Prüfung der Lage. *dpa/rtr/red*

Kommentar

Coronaschutzwall wird abgebaut

Die Bundesregierung geht einen riskanten Weg. Jetzt stehen auch die Arbeitgeber in der Verantwortung.

VON MATTHIAS SCHIERMEYER

Das wirkt schon sehr befremdlich: Die Zahl der Neuinfektionen steigt und steigt, doch die Bundesregierung baut unbeirrt den Schutzwall der Anti-Corona-Maßnahmen ab – weil es die FDP so will. Auch am Arbeitsplatz wird von Sonntag an die große Kehrtwende in Richtung Normalität eingeleitet. In den Unternehmen soll jetzt zwar nicht sofort der alte Trott einkehren, vielmehr wird ihnen verstärkt zugehört, über ihre eigenen Hygienevorgaben zu entscheiden.

Damit wird ihnen auch mehr Verantwortung für den Gesundheitsstand der eigenen Belegschaft vor die Tür gekehrt. Dies mag im Prinzip funktionieren, denn die meisten Betriebe wollen Krankheitsrisiken geringhalten. Beispielsweise ist es sehr sinnvoll, die starke Homeoffice-Nutzung beizubehalten, weil sie Infektionsgefahren drastisch senkt.

Etliche Unternehmen signalisieren bereits, dass sie derlei Schutzvorkehrungen noch nicht abbauen werden. Doch mag es nicht wenige Arbeitgeber geben, die ihre Beschäftigten nun Situationen aussetzen, die vom Virus leicht ausgenutzt werden könnten. Leichtfertigkeit verbietet sich. So wird es auch auf die Verbände oder auf die Betriebsräte ankommen, bei den Arbeitgebern für einen gewissenhaften Umgang mit den Hygienekonzepten zu werben. Die Beschäftigten sind ihrerseits gehalten, sich eigenverantwortlich zu verhalten. Arbeitsschutz ist aber keine Privatsache – da stehen zunächst die Unternehmensführungen in der Pflicht.

Starkes Erdbeben erschüttert Fukushima

Eine Tsunami-Warnung nahe der Atomruine in Japan weckt weltweit böse Erinnerungen.

FUKUSHIMA. Ein starkes Erdbeben hat am späten Mittwochabend (Ortszeit) die Region um die Atomruine von Fukushima erschüttert. Japans meteorologische Behörde gab eine Warnung vor einem Tsunami von bis zu einem Meter Höhe für die Pazifikküste der Präfekturen Fukushima und Miyagi aus. Die Behörden ordneten für Teile der Küstenregion in der Präfektur Miyagi eine Evakuierung an, konnten die Warnung später aber aufheben. Nach Angaben des Betreibers kam es in dem früheren Atomkraftwerk zu keinen weiteren Unregelmäßigkeiten.

2011 hatte ein Beben der Stärke 9,0 vor Japans Nordostküste und ein anschließender Tsunami die Reaktorkatastrophe in dem am Meer gelegene AKW Fukushima ausgelöst. Etwa 18500 Menschen starben oder gelten bis heute als vermisst. *dpa/AFP/red*

Staatsanwältin von den Ermittlungen abberufen

Im Fall des vom Dienst suspendierten Polizeinspektors wurde die ermittelnde Anklägerin ins Justizministerium versetzt.

VON FRANZ FEYDER

STUTTGART. Die im Fall des suspendierten Inspektors der Polizei, Andreas Renner, ermittelnde Staatsanwältin ist von den Ermittlungen entbunden und ins Justizministerium versetzt worden. Das geht aus der Antwort der Ministerin für Justiz und Migration auf eine Anfrage der SPD im Landtag hervor, die unserer Zeitung vorliegt.

Die Juristin habe sich auf eine „ausgeschriebene Teilzeitstelle“ im Justizministerium beworben. Ihr diese Aufgabe zuzusprechen, sei am 13. Januar entschieden worden, seit dem 15. Februar sei sie im Ministerium. Am 25. November 2021 waren ihr die Ermittlungen wegen des Vorwurfs der sexuellen Belästigung einer Polizistin im Fall Renner übertragen worden. Fraglich ist, warum sie nicht zur Staatsanwaltschaft zurückbeordert wurde, um das Verfahren abzuschließen.

Neu ist auch, dass Justizstaatssekretär Siegfried Lorek (CDU) auf eine SMS des beschuldigten Polizeinspektors Renner am 24. November mit der Bitte um ein Gespräch antwortete.

Sascha Binder, SPD-Generalsekretär und deren Innenexperte, bemängelt, dass Informationen über den Fall die Abgeordneten allenfalls tropfenweise erreichen: „Jeder von uns gestellte Antrag bringt neue Erkenntnisse ans Licht, die das Innenministerium von sich aus nicht kommuniziert.“ Bislang sei nicht bekannt gewesen, dass Renner und Lorek miteinander kommunizierten.

Unsere Zeitung hatte kürzlich berichtet, dass Siegfried Lorek sich vor der Landtagswahl brüstete, im Fall einer Nichtwahl werde er als früherer Polizeibeamter gut versorgt, weil Andreas Renner und Landespolizeipräsidentin Stefanie Hinz gut für ihn sorgen würden.

Homeoffice-Pflicht endet am Sonntag

BERLIN. Arbeitgeber und Beschäftigte müssen sich ab Sonntag auf neue Bedingungen zum Coronaschutz am Arbeitsplatz einstellen. Das Bundeskabinett hat eine Verordnung des Bundesarbeitsministeriums dazu abgesegnet.

Sie sieht vor, dass Arbeitgeber vom 20. März an selbst die Gefährdung durch das Virus einschätzen und in einem betrieblichen Hygienekonzept Maßnahmen zum Infektionsschutz festlegen. In der neuen Verordnung ist das Homeoffice-Angebot nur noch als Möglichkeit vorgesehen.

Die Ampel brachte ungeachtet der Bedenken in den eigenen Reihen und Ländern das neue Infektionsschutzgesetz auf den Weg. *dpa*
Kommentar